

Digitalisierungsausschuss 10.09.2019

Anfrage der Ratsgruppe Bürgernähe/Piraten zur Höhe der Microsoft-Lizenzgebühren

Frage:

Wie hoch sind die jährlichen Aufwendungen für Lizenzgebühren der Firma Microsoft.

Antwort:

Die laufenden Lizenzkosten für Microsoft für Wartung/Pflege der Software, kostenlose Upgrades auf neue Produktversionen sowie Software-Assurance belaufen sich ab 2020 auf jährlich **543.342,39 €**.

Diese Angaben beziehen sich nur auf die Verwaltung (der Bereich der Schulen wird über Fördermitteln finanziert) und verteilen sich auf die Produkte

- SA MS Windows Server User CAL 90.233,61 €
- SA MS Exchange Standard User CAL 190.553,13 €
- MS Windows 10 Enterprise 262.555,65 €.

Basis für die Berechnung sind die aktuelle Anzahl an Arbeitsplätzen/Mitarbeitern sowie bereits realisierte e-government-Prozesse.

Zusatzfrage 1:

Wurden auch von kommunaler Seite Kooperationsverträge mit der Firma Microsoft geschlossen?

Antwort:

Das Vertragskonstrukt gestaltet sich so, dass das Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat (BMI) einen Business- und Service-Vertrag (MBSA) mit Microsoft über Rahmenbedingungen für Behörden sowie weitere Verträge (u.a. Select-Plus und Konzernvertrag Enterprise-Agreement) zur Beschaffung von Microsoft-Lizenzen mit Rabattierungen für den berechtigten Benutzerkreis schließt. Zu den „Berechtigten“ zählen u.a. auch die Kommunen.

Die Stadt Bielefeld ist den Verträgen (Select-Plus- und Konzernvertrag) beigetreten. Der Beitritt bindet die Stadt an die Bestimmungen der Verträge und berechtigt sie, zu den vergünstigten Konditionen Lizenzen und Services zu beziehen. Beides ist mit einer Frist von 60 Tagen zum Monatsende kündbar.

Der Dachverband Kommunale Datenverarbeitung Nordrhein-Westfalen (KDN), deren Mitglied die Stadt Bielefeld ist, hat bisher für die teilnehmenden Kommunen das Ausschreibungsverfahren zu einem Rahmenvertrag über den Bezug von Microsoft-Lizenzen durchgeführt. Beim Vertragspartner, der den Zuschlag erhalten hat, hat die Stadt benötigte Lizenzen und Software-Assurance erworben.

Zusatzfrage 2:

Plant die Verwaltung im Rahmen der Konsolidierung und langfristigen Kosteneinsparung einen Umstieg auf Open-Source-Produkte wie bspw. Linux?

Antwort:

Das Betriebssystem und insbesondere die Office-Lösungen der Firma Microsoft haben sich im Laufe der Jahrzehnte de facto zum marktbeherrschenden Standard für den Unternehmens- und Geschäftsbereich entwickelt. Selbst im privaten Umfeld spielen andere Produkte nur eine Nebenrolle. So bietet sogar die Firma Apple seit einigen Jahren die Integration von Microsoft-Produkten auf ihrer Hardware an. Aus diesem Grunde werden so gut wie alle Softwarelösungen komplementär auf der Basis von Microsoft Produkten entwickelt. Dies gilt auch für die Hersteller kommunaler Softwarelösungen, wie zum Beispiel Einwohnerverfahren, Kfz-Zulassung oder ganz allgemein der SAP-Software. Darin liegt einer der wesentlichen Gründe, weshalb der Einsatz alternativer Open-Source-Produkte, wie z.B. Linux, für Kommunalverwaltungen nahezu unmöglich ist. Die Tatsache, dass sowohl die Stadt München, als auch das Auswärtige Amt, wieder Microsoft-Produkte einsetzen, bestätigt dies. Ein Umstieg auf Open-Source-Produkte wie z.B. Linux ist bei der Stadt Bielefeld nicht geplant.